

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Blaue Plakette jetzt einführen: Bundeseinheitliche Regelung zum Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsgefährdenden NO₂-Emissionen durch Diesel-Kfz

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat soll sich bei der Bundesregierung für die umgehende Einführung der „Blauen Plakette“ einsetzen und eine entsprechende Bundesratsinitiative anregen oder unterstützen. Es soll eine bundeseinheitliche Regelung erfolgen, die wirksam gesundheitsgefährdende NO₂-Emissionen durch Diesel-Kfz reduziert.

Begründung:

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 27. Februar 2018 mit seinem Grundsatzurteil festgestellt, dass Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge in einzelnen Kommunen verhängt werden können. Damit obliegt es jeder Kommune eigenverantwortlich, in ihren Maßnahmenkatalog der Luftreinhaltepläne ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge aufzunehmen. So können die Kommunen für einzelne Straßenzüge bzw. -abschnitte als letzte Maßnahme zur Einhaltung der NO₂-Werte solch ein Verbot aussprechen.

Dieses Verfahren würde aber zu einem Flickenteppich bei der Anwendung von Fahrverboten führen und dürfte sich in der Praxis als intransparent und kaum kontrollierbar erweisen.

Der 2013 beschlossene Berliner Luftreinhalteplan ist umzusetzen und umgehend fortzuschreiben. Im Fokus steht dabei die Reduktion des Stickoxidausstoßes durch Kfz. Die Koalition setzt sich für die bundesweite Einführung einer neuen, sogenannten Blauen Plakette für wirklich saubere Fahrzeuge ein und für ein bundesweites Förderprogramm zur Nachbesserung von Diesel-Kfz. In diesem Zusammenhang wird die Umweltzone mit ausreichenden Übergangsfristen und Ausnahmen für Härtefälle weiterentwickelt. In Analogie zur Grünen, Gelben und Roten Plakette für die Umweltzone, ist die Blaue Plakette einzuführen.

Berlin, d. 13. September 2018

Saleh Schopf Buchholz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Ronneburg
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Moritz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen